

Béla Rásky

Fallbeispiel: Ungarn

Politische Rahmenbedingungen

Seit der demokratischen Wende 1990¹ sind wenige Agenden in Ungarn so vehement umstritten geblieben wie die Medienpolitik. Die Wurzeln dafür liegen in der kommunistischen Diktatur, als jede Öffentlichkeit durch ein System offener Repression, kalkulierter Toleranz, aber auch Selbstzensur strengstens kontrolliert blieb. Allein die in den 1980er-Jahren aufkommende, nie Massenverbreitung findende Untergrundpresse der demokratischen Opposition hatte Tabus gebrochen, nicht verhandelbare historische, gesellschaftliche und soziale Themen in einer eingeschränkten und bedrohten Öffentlichkeit angesprochen.²

JournalistInnen wechselten so nicht unbelastet in Demokratie und Pressefreiheit, war es doch nur in Ausnahmefällen gelungen, mit dem alten System nicht verstrickte, neue Presseorgane mit ehemals oppositionellen Redaktionen zu gründen. Aus diesem Umstand entstand – in erster Linie bei den konservativen Gruppierungen der ersten Stunde („Demokratisches Forum“, Christdemokraten, Partei der kleinen Landwirte) – ein berechtigtes Misstrauen gegenüber den postkommunistischen Medien, in der neuen, mit der Transformation entstandenen politischen Elite gab es sogar die Obsession, die Medien kontrollieren zu müssen, da nur eine Verfügungsgewalt über zentrale Nachrichtenkanäle die Demokratie absichern könne.

Parallel dazu spielte sich im Printbereich in den ersten Wendejahren ein Privatisierungs- und Konzentrationsprozess ab. Die meisten Presseprodukte gingen an ausländische Verlagshäuser, die eher an einer Profitmaximierung als an einer ungarischen Qualitätspresse interessiert waren, und funktionierende Redaktionen wurden diesen neuen Gegebenheiten und Erfordernissen sehr schnell angepasst.³

Kontrollbestrebungen

Vor diesem Hintergrund wurde in den frühen 1990er-Jahren der sogenannte „Medienkrieg“⁴ um die Aufsicht über die elektronischen Medien mit beispielloser Heftigkeit geführt. An dessen Ende standen – unter Berufung auf das BBC-Modell – aufgeblähte Komitees, Behörden und ein undurchsichtiges Kommissions- und Kontrollkonglomerat, das auf dem Papier die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien sicherte, tatsächlich aber deren totale

Kontrolle durch Parteien und Tagespolitik zementierte – während die nunmehr zugelassenen landesweiten kommerziellen Rundfunk- und TV-Stationen auf Unterhaltung und Quoten setzten.⁵

Ab 1998 begann man auf konservativer Seite, zum Teil durch indirekte staatliche Fördermaßnahmen (Pflichtabonnements für Behörden oder gezielte Regierungsinserate), ein Medienimperium auf- und auszubauen. Die sozialliberalen Regierungen in den Jahren danach taten wenig, um die Autonomie der Medien und eine demokratische Öffentlichkeit zu stärken, und so setzte in der privaten Medienlandschaft nach der Jahrtausendwende ein Versäulungsprozess mit einer jeweils einem politischen Lager zurechenbaren „Medienvielfalt“ ein. Auf der Strecke blieb dabei der investigative Journalismus, die Idee einer rasonierenden, die Fakten abwägenden, rational urteilenden und nach demokratischen, selbst definierten Regeln organisierten Öffentlichkeit. Das jüngst verabschiedete, monatelang im Kreuzfeuer nationaler und internationaler Kritik stehende und nach Protesten europäischer Gremien entschärfte Mediengesetz sollte ursprünglich nicht nur die elektronischen Medien, sondern auch das Internet regulieren: Mehrere große europäische Tageszeitungen protestierten im Jänner 2011 dagegen, als sie auf ihren Titelblättern in allen europäischen Sprachen den Text „In Ungarn wurde die Pressefreiheit aufgehoben“ (siehe Bild S. 42) abdruckten. Die öffentlich-rechtlichen Medieneinrichtungen – Fernsehen, Radio und die nationale Nachrichtenagentur – haben sich in der Folge auch zu reinen Regierungssprachrohren zurückentwickelt.⁶

Allein die Befürchtungen einer allumfassenden Zensur oder der Unterdrückung der Meinungsfreiheit über den Bereich der Medien hinaus haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet. Dennoch stufte „Freedom House“, eine zum Großteil von der US-Regierung finanzierte Organisation zur Förderung der liberalen Demokratie, in einem Erstbericht zur Lage der Medien in Ungarn das Land in Sachen Pressefreiheit von „frei“ unter Berufung auf verschiedene behördliche Maßnahmen, aber auch auf eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation 2012 auf „zum Teil frei“ zurück.⁷ Zu den Hauptkritikpunkten dieser NGO zählen die Einberufung und Zusammensetzung der wichtigsten Gremien und Leitungsfunk-



Cover der deutschen Tageszeitung taz vom 3.1.2011

möglichen Instrumente einer Medienpolitik in einem kleinen, sprachlich isolierten, postdiktatorischen Land ohne lange demokratische Erfahrungen und inmitten einer globalisierten und vernetzten Medienlandschaft bietet es keine Antworten.

Eine kaum wahrgenommene Bedrohung für die ungarische Meinungs- und kulturelle Vielfalt liegt in der Kürzung der Förderung kultureller, literarischer und wissenschaftlicher Publikationen und im Fehlen jeglicher Förderung gemeinschaftlicher, basisorientierter Medienprojekte lokaler BürgerInnen-Initiativen, also jener Öffentlichkeit, die das politische und geistige Leben eines Landes vorantreibt. Aber trotz der Wirtschaftskrise, die die Menschen den regelmäßigen Kauf von Presseprodukten gut überlegen lässt, gibt es in Ungarn noch immer eine erstaunliche Meinungsvielfalt, ein beeindruckendes Presseangebot. Gefährdet ist die Meinungsfreiheit aber vor allem durch die Tatsache einer enttäuschten Gesellschaft, die immer weniger Bedürfnis nach tiefgreifender Information zeigt, weil sie der Politik und abwägenden Diskursen generell misstraut, wie dies jüngste Meinungsumfragen und die sinkende Bereitschaft, sich politisch zu betätigen, ja, an Wahlen überhaupt teilzunehmen, zeigen. Der Aufbau zweier paralleler Medienlandschaften hat dazu geführt, dass es keine öffentlichen Diskurse mehr gibt, sondern nur mehr das Aufeinanderprallen von Glaubensbekenntnissen.

tionen der neu geschaffenen „Staatlichen Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung“ (NMHH) sowie deren weitläufige Sanktionsrechte. Das neue Mediengesetz entpuppt sich aber in der Praxis mehr und mehr als ein überfrachtetes Regelwerk. Für die Herausforderungen, Probleme und

- 1 Der Übergang von der diktatorischen Einparteiensherrschaft zum demokratischen Mehrparteiensystem, im Ungarischen als „Systemwechsel“ bezeichnet, in den Jahren 1989/90 war ein mit zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen abgesicherter, evolutionärer Prozess, der im Frühling 1990 mit freien Wahlen seinen Abschluss fand.
- 2 Behring, Eva/Kliems, Alfrun/Trepte, Hans-Christian (Hrsg.): Grundbegriffe und Autoren ostmitteleuropäischer Exilliteraturen 1945–1989. Ein Beitrag zur Systematisierung und Typologisierung. Stuttgart 2004, S. 226ff.
- 3 Jakab, Zoltán/Gáli, Mihály: Survival, Efficiency and Independence. The Presence of Foreign Capital in the Hungarian Media Market. Manchester–Düsseldorf 1991
- 4 Der Begriff für die Auseinandersetzungen um politische Einflussnahme, in erster Linie auf den öffentlich-rechtlichen Bereich, wurde Anfang der 1990er-Jahre von den Medien selbst geprägt, ist aber heute in Ungarn ein durchaus bekannter Begriff für diese Jahre.
- 5 Schmidt-Schweizer, Andreas: Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München 2007, besonders: Kapitel „Der erste ‚Medienkrieg 1991/92‘“, S. 244ff.
- 6 Vgl. dazu die regelmäßig erscheinenden ungarischsprachigen Berichte der „Monitor-Gruppe“ des „Nyilvánosság Klub“ (= Öffentlichkeitsklubs), unter: <http://www.nyilvanossagklub.hu/monitor.shtml> (letzter Zugriff 20.7.2012)
- 7 <http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Hungary%20draft.pdf> (letzter Zugriff 20.7.2012); vgl. auch: Putzier, Konrad: Freedom-House-Studie: „Putinisierung“ gefährdet Demokratie in Osteuropa, in: Die Welt, 6. Juni 2012, unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article106419598/Putinisierung-gefaehrdet-Demokratie-in-Osteuropa.html> (letzter Zugriff 20.7.2012)

ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie weiterführende Materialien zu den Länderportraits:

- ▶ Infokasten: „Ungarn: Neue Schikanen gegen kritische Radiosender“
- ▶ Infokasten: „Druckauflage der wichtigsten landesweit vertriebenen politischen Tages- und Wochenzeitungen.“
- ▶ Weiterführende Literatur und Internetressourcen zu China
- ▶ Factsheet: Pressefreiheitsindex